

SPD-Ortsverein Einbeck

SPD-Stadtratsfraktion Einbeck

13.11.2020

Pressemitteilung

SPD: Falsche Hoffnungen zu wecken ist unredlich

Die Neonazi-Szene versucht seit geraumer Zeit durch Aufzüge, Demonstrationen, Mahnwachen und sogenannte Spaziergänge in Einbeck Hass zu verbreiten und zu provozieren. Dabei geht es den Rechtsextremen auch bei aktuell geplanten Aktionen nicht darum, mit Argumenten für ihre Sache zu werben, sondern die verfassungsmäßigen Rechte zu nutzen, um die Demokratie zu bekämpfen. Mit dem Auftreten in der Einbecker Innenstadt sollen bewusst Handel und Gastronomie geschädigt werden, um die demokratischen Kräfte im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung zu spalten. Neonazis haben in unserer toleranten, weltoffenen Stadt nichts zu suchen.

Ein Bündnis von Bürgerinnen und Bürgern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, Mitgliedern des Rates und Beschäftigte der Verwaltung stehen bislang geschlossen im Kampf gegen rechtspopulistische Ideologien. Alle versuchen der Provokation und Agitation mit rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln zu begegnen. Leider stehen Versammlungen rechtsextremer und faschistischer Parteien, solange sie nicht verboten sind, unter dem Schutz des Grundgesetzes. Das wird leider zu oft übersehen.

Die Rechtsradikalen sind darin geschult, alle Auflagen, insbesondere zum Schutz gegen die Corona-Pandemie, einzuhalten und damit einem Verbot entgegenzuwirken. Solche Veranstaltungen pauschal zu verbieten wäre nicht nur rechtswidrig. Eine gewonnene Klage vor den Verwaltungsgerichten würde diesen Gruppen auch noch in die Hände spielen, weil sie sich ihren Anhängern als Märtyrer präsentieren könnten.

Es ist deshalb kontraproduktiv, wenn jetzt ein Mitglied des Rates meint, er müsse Verwaltung und Politik zum Handeln auffordern. Wider besseres Wissen wird in der Öffentlichkeit der Eindruck von Untätigkeit erweckt. Das Gegenteil ist der Fall: Sowohl das Bündnis „Einbeck ist bunt“ wie auch die Stadtverwaltung sind seit geraumer Zeit aktiv. Deshalb sollten solche Alleingänge unterbleiben. Sie führen nicht nur zur Politikverdrossenheit, weil sie falsche unerfüllbare Hoffnungen wecken. Sie gefährden den Erfolg der Maßnahmen und können im schlimmsten Fall zur Entsolidarisierung im Kampf gegen den Faschismus führen.